

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
VIII / 2001

Friedenspolitik und Friedensforschung

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2000
- MUSICA PRO PACE 2000
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG
Anlässlich der Gründung der
Deutschen Stiftung Friedensforschung
in Osnabrück

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Edelgard Bulmahn, Berlin

Künftige Aufgaben der Deutschen Stiftung Friedensforschung

Grußwort der Bundesministerin für Bildung und Forschung

Nicht der Krieg ist der Ernstfall, sondern der Frieden. In der Erhaltung des Friedens muss sich die Politik bewähren.

Frieden ist kein gegebener Zustand, sondern Ziel und Ergebnis politischer Gestaltung. Frieden gedeiht nicht auf der Basis von *ad hoc*-Beschlüssen oder von Entscheidungen, die sich pragmatisch an aktuellen Machtverhältnissen orientieren.

Sondern Frieden ist ein Prozess, der vorausschauend gestaltet sein will. Er verlangt klare Vorstellungen und einen Konsens darüber, wie wir miteinander leben wollen: Wie wichtig uns die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte sind. Welchen Stellenwert sie gegenüber der Souveränität von Nationalstaaten haben. Welchen Rang das Recht künftiger Generationen auf eine intakte Umwelt hat.

Frieden ist nur möglich, wenn alle den Willen haben, Gewalt eine klare Absage zu erteilen und Konflikte stattdessen mit friedlichen Mitteln auszutragen. Frieden braucht außerdem einen verbindlichen Rechtsrahmen, für alle geltende Instrumentarien zur Konfliktregelung und ein ausgezeichnetes Vor- und Frühwarnsystem.

Kurz: Frieden braucht eine Kultur der Prävention. Und diese Kultur müssen wir zur Entfaltung bringen. Das zweite Jahrtausend entwickelte über Jahrhunderte eine immer ausgefeiltere Kriegskunst. Wo kämen wir hin, wenn das dritte Jahrtausend die gleiche Energie auf die Entwicklung von Friedenskunst verwenden würde?! – Die Freiheit, dieser Vorstellung nachzugehen, haben wir seit 1989 in besonderem Maße.

Die *Deutsche Stiftung Friedensforschung* (DSF) wird für die Entwicklung einer Kultur der Konfliktprävention eine ganz zentrale Rolle spielen.

Die Bundesregierung will die gewachsene Verantwortung Deutschlands verstärkt auf dem Gebiet der Friedensforschung und der Konfliktprävention wahrnehmen. Die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung haben *SPD* und *BÜNDNIS 90/Die Grünen* direkt im Koalitionsvertrag verankert. Zu jener Zeit, im Oktober 1998, drohte erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder Krieg in Europa. Alle im Bundestag vertretenen Parteien

waren sich einig: Eine Gewalteskalation, wie wir sie innerhalb Jugoslawiens im Oktober 1998 erlebten, muss für neu entstehende Konflikte durch ein besseres Frühwarnsystem und effizientere Prävention vermieden werden.

Die neue Bundesregierung hat deshalb den Grundstein für eine Kultur der Konfliktprävention gelegt: die Deutsche Stiftung Friedensforschung. Sie ist der Grundstein, noch nicht das Fundament. Ein Fundament entsteht erst, wenn alle gestaltenden Kräfte – Regierung, Bundestag, Wirtschaft, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen, Medien – sich in die Nähe dieses Grundsteins begeben, sich um ihn herum verankern. Die Expertise der Friedens- und Konfliktforscher einholen. Ihren Rat auch beherzigen.

Mit den alten Methoden von Dominanz und Stärke, von militärischem Eingreifen können wir die vielen Konflikte, die seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes überall auf der Welt aufbrechen, nicht lösen. In den 90er Jahren haben wir fast 100 gewaltsame kriegerische Konflikte gezählt – mit mehr als fünf Millionen Toten. Es sind zu viele Konflikte für militärische Lösungsansätze – und oft sind es gar nicht zwischenstaatliche, sondern innerstaatliche Auseinandersetzungen.

Konfliktursachen und Konfliktstruktur haben sich nach 1989 gewandelt. Eine Chance, all diese vielen Konfliktherde einzudämmen oder ihr Ausbrechen zu verhindern, haben wir nur, wenn wir bessere Methoden der Konfliktlösung und wirksame Deeskalationsstrategien entwickeln.

Das heißt vor allem, die Forschung zu intensivieren und ihr einen höheren Rang einzuräumen, wenn der Moment gekommen ist, über verschiedene Strategien zu beraten und zu entscheiden. Das beste Frühwarnsystem würde nichts nutzen, wenn wir seine Signale überhören wollten.

Die Bedeutung der Deutschen Stiftung Friedensforschung wird klar, wenn man sich das Konfliktpotential von Gegenwart und Zukunft vor Augen hält.

Wir sind derzeit – mehr oder weniger bewusst – Zeuge, teilweise sogar Mitverursacher zahlreicher Entwicklungen, aus denen Konflikte erwachsen können und werden – nur wissen wir oft noch nicht: welche, wann und wo. Klar ist aber schon jetzt, dass nicht mehr Militär oder allein mehr Diplomatie diese Konflikte lösen können, sondern dass Friedensforschung und Konfliktprävention interdisziplinäre Ansätze verfolgen müssen. Das betrifft insbesondere die Konflikte, die sich aus Umweltkrisen und knapper werdenden Ressourcen ergeben. Wollen wir beispielsweise Kriegen um Süßwasser vorbeugen, sind die geeigneten Mittel nicht nur Mediation und international verbindliche Verträge über Wassernutzung, sondern vor allem Innovationen in der Landwirtschaft, die weltweit 70 % des Süßwassers verbraucht.

Jedes Jahr verliert die Menschheit fruchtbares Ackerland von der Fläche Irlands, hinzu kommen die Verluste durch atomare und chemische Vergiftung von Böden.

Die Zahl der Gegenden wächst, an denen der Wirt Erde nicht mehr fähig ist, Menschen sicher zu beherbergen. Wohin sollen, um nur ein Beispiel zu nennen, die Muslime in *Bangladesh* – also 120 Millionen Menschen – fliehen, wenn der Meeresspiegel steigt? Zu ihrem Nachbarn? Ins Land der Hindus?

Die Erdbevölkerung wächst jährlich um ca. 1,33 % – und mit ihr die Zahl der Armen, das sind derzeit 1,2 Milliarden Menschen. 800 Millionen Menschen hungern. Die Binnenmigration vom Land in die Stadt schafft riesige Ansammlungen von Menschen, die nur unter größten Risiken überleben und keine Chance auf ein sinnvolles, erfüllendes Leben haben. In Nord und Süd gehen Demagogen mit einem drohenden Kampf der Kulturen auf Menschenjagd. Vor allem in den Slums des Südens, aber auch in Trabantenstädten des Nordens können gewaltbereite Fundamentalisten und Nationalisten leicht jugendliche Anhänger für Gewalt- oder sogar für Terrorakte rekrutieren.

Während ein Fünftel der Menschheit in Armut lebt, erlauben wir, die Menschen im Norden und die Oberschicht im Süden, uns einen Lebensstil, der Raubbau an Ressourcen treibt und den Globus gefährlich verschmutzt.

Die Ursache für manchen Ressourcenkrieg in Ländern des Südens kann letztlich in überzogenen Ansprüchen und fehlendem Unrechtsbewusstsein im Norden liegen. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat deshalb auch die Aufgabe, Nutzungsansprüche konfliktpräventiv zu überprüfen und Vorschläge zu machen, wie internationale Beziehungen gerechter gestaltet werden können.

Das erfordert zugleich Dialog mit den Menschen, die aufgerufen sind, ihre Lebensweise und Konsumansprüche zu reflektieren. Deshalb wird nicht zuletzt die Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Friedensforschung und gesellschaftlichen Gruppen mitentscheidend dafür sein, wie durchsetzungsfähig die Stiftung wird. Ob es ihr gelingt, in Deutschland eine breite Kultur nachhaltiger Konfliktprävention anzustiften.

Der Interessenkonflikt manifestiert sich am krassesten im Bereich der Unternehmen, die *dual-use*- oder sogar reine Rüstungsgüter produzieren. Die Produktion sichert bei uns Arbeitsplätze, aber der Export gefährdet Sicherheit und Frieden in den Regionen, in die wir liefern. Drei Viertel aller Rüstungsexporte gehen in Entwicklungsländer und binden dort große Summen, die damit nicht mehr für die Verbesserung menschlicher Sicherheit zur Verfügung stehen, für Bildung und Ressourcenschutz. Die Auswirkungen solcher Rüstungsexporte deutlich zu machen, ist eine wichtige Aufgabe der Friedensforschung. Weshalb sollte es nicht möglich sein, den breiten Konsens gegen den Export von Landminen auf andere Rüstungsgüter auszudehnen?

Noch drei weitere wichtige Aspekte des aktuellen Krisenszenarios möchte ich nennen, ohne dass das Tableau damit vollständig ausgeleuchtet wäre:

Nach 1989 ist in verschiedenen Teilen der Welt ein Machtvakuum entstanden, das zu erobern meist mehrere Kräfte miteinander konkurrieren.

Dazu beizutragen, dass in diesen Regionen der labile Frieden gewahrt oder sogar gefestigt wird, ist ein Ernstfall, in dem sich Friedensforschung und Politik bewähren müssen. Dazu gehört zum Beispiel auch, genau zu beobachten, ob Russland sich durch die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO bedroht fühlt, und welche Rolle in diesen Beziehungen die OSZE spielen kann.

Genauso wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage, welche Rolle die Vereinten Nationen (VN) in diesen neuen Machtverhältnissen spielen sollten und wie wir zu einem militärischen Gewaltmonopol der VN stehen. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung kann hier Impulse für einen Diskurs geben, der darauf abzielt, das vermeintliche Recht des Stärkeren durch ein gestärktes Völkerrecht im Zaum zu halten. Sie kann dies als Deutsche Stiftung sehr viel besser tun, als es einzelne Institute vermögen.

Zweitens: Die Angst vor der zunehmenden Globalisierung führt dazu, dass in vielen Regionen ethnische Identitäten wieder so wichtig werden, dass in ihrem Namen Kriege geführt werden. In einer Zahl, die weder in Afrika, noch im Kaukasus, aber selbst in Europa nicht absehbar ist.

Drittens entstehen für die menschliche Sicherheit neue Risiken durch den spekulativen Charakter vieler Finanztransaktionen, die den Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften zur Folge haben können. Die Asienkrise hat offenbart, wie sehr das globale Dorf von Entscheidungen im scheinbar virtuellen Raum betroffen wird. Wenn ganze Volkswirtschaften über Nacht an den Rand des Ruins, in Armut und Chaos gebracht werden können, dann sind Friedensforscher gefordert, gemeinsam mit Experten für Makroökonomie Instrumente zu entwickeln, die das internationale Finanzsystem zivilisieren und mehr menschliche, wirtschaftliche und politische Sicherheit gewährleisten. Zu einer Kultur der Prävention gehört es, den Boden für Armutskriege gar nicht erst zu bereiten.

Sicherheit rein militärisch zu definieren, wäre heute hoch gefährlich, denn Sicherheit und Frieden werden zunehmend von anderen Faktoren gefährdet. Wer heute globale Marktwirtschaft will, ohne dabei das Ziel einer global *sozialen* und *ökologisch vertretbaren* Marktwirtschaft vor Augen zu haben, gefährdet den Frieden.

Friedensforschung und Friedenspolitik müssen Verletzungen der sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte ebenso ernst nehmen wie Verstöße gegen den ersten Menschenrechtspakt. Denn soziale, wirtschaftliche und ökologische Krisen bilden wesentliche Konfliktmuster der Zukunft.

Nochmals: Der Frieden ist der Ernstfall, in dem sich die Politik bewähren muss. Und Frieden ist ein Prozess, der angesichts des skizzierten Gefährdungspotentials gestaltet sein will. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung soll hierfür mehrere wichtige Aufgaben übernehmen:

Erstens soll sie Friedens- und Konfliktforschung anregen und koordinieren. Aufgabe der Stiftung Friedensforschung ist es, Wissenschaften zu vernetzen und als Kompetenzzentrum zu agieren. Dabei soll die DSF die vorhandenen Potentiale der Friedensforschung stärken und neue Kapazitäten an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen aufbauen. Sie soll wissenschaftliche Vorhaben fördern und initiieren, den wissenschaftlichen Nachwuchs unterstützen und wissenschaftliche Konferenzen organisieren.

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bezieht sich dabei nicht nur auf den Fachbereich Jura und auf das Studium des Völkerrechts. Sondern wenn Friedenssicherung nur interdisziplinär gestaltet werden kann – wenn beispielsweise Makroökonomie, Landwirtschaft, Umweltschutz, Wirtschaft, Bildung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Politik und Migrationsforschung wichtige Beiträge zur Wahrung des Friedens leisten müssen –, dann lautet die Aufgabe bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses eben auch, Studierende und Lehrende dieser Disziplinen zusammenzubringen. Wenn es der Stiftung Friedensforschung im nächsten Jahrzehnt gelingt, in den Universitäten das Bewusstsein zu verankern, dass Friedenssicherung eine vorrangige Querschnittsaufgabe ist, dann sind wir einen riesigen Schritt vorangekommen. Auch um dies zu erreichen, ist es wichtig, die Aktivitäten der verschiedenen Friedensforschungsinstitute zu koordinieren.

Zweitens soll die Stiftung die Politik beraten, frühzeitig auf Gefahren und mögliche Konsequenzen bestimmter Entscheidungen hinweisen und Alternativen des Handelns vorschlagen. Dafür muss sie politisch und finanziell unabhängig sein. Deshalb haben wir die Form einer Stiftung gewählt.

Drittens soll sie die Abrüstung wissenschaftlich begleiten und mit ihren Mitteln vorantreiben.

Viertens braucht Frieden als Kultur, als Kunst der Konfliktprävention eine gesellschaftliche Instanz, die vor der schleichenden oder gezielten Einführung von Feindbildern warnt, eine Instanz, die auf eine Sprache der Verständigung pocht. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung wird deshalb hoffentlich nicht nur die Politik beraten, sondern auch den Dialog mit Medien, Bürgern und Wissenschaftlern suchen und dort für eine angemessene und differenzierte Form der Beschreibung von Konflikten werben.

Mit der Deutschen Stiftung Friedensforschung schließt das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine im Vergleich zu anderen Staaten bestehende Lücke auf bundesstaatlicher Ebene. Seit Jahrzehnten arbeiten andere Länder aktiv auf nationaler Ebene im Forschungsfeld der Friedens- und Konfliktforschung: die USA mit dem *United States Institute of Peace* (USIP), Schweden mit dem renommierten *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI), Dänemark mit dem *Copenhagen Peace Research Institute* (COPRI) oder die Schweiz mit der *Friedensstiftung Bern*.

Professor Egon Bahr, Dr. Marion Gräfin Dönhoff und Hans Koschnick haben als Vorsitzende der *Struktur- und Findungskommission* für die Friedensforschung maßgeblichen Anteil am vorliegenden Stiftungskonzept.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat inzwischen Gründung und Ausstattung der Stiftung Friedensforschung zugestimmt. Die staatliche Stiftungsfinanzierung in Höhe von 50 Mio. Mark soll Initiativfunktion haben und der Stiftung helfen, zusätzliche Mittel einzuwerben.

Ich wünsche mir, und damit spreche ich für die Bundesregierung, dass die Deutsche Stiftung Friedensforschung den Auftrag, der in ihrer Satzung verankert ist, im bestmöglichen Sinne erfüllt. Er lautet:

»Die Deutsche Stiftung Friedensforschung soll das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker fördern. Sie soll mit helfen, Voraussetzungen und Bedingungen dafür zu schaffen, dass Krieg, Armut, Hunger, Unterdrückung verhütet, Menschenrechte gewahrt und die internationalen Beziehungen auf die Grundlage des Rechts gestellt werden. Sie soll ferner mit helfen, dass die natürlichen Lebensgrundlagen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten sowohl genutzt als auch für kommende Generationen erhalten werden. Von der Friedensforschung werden Impulse zur Bewahrung und Herstellung von Freiheit, Gerechtigkeit, Wohlstand, Demokratie und Menschenrechten weltweit erwartet.«

Kurz: Die Bundesregierung erwartet von der Deutschen Stiftung Friedensforschung Impulse und Beratung für die nachhaltige globale Strukturpolitik, für die Rot-Grün sich im Koalitionsvertrag ausgesprochen hat, für *mainstreaming peace*. Denn Friedenssicherung ist eine der zentralen Querschnittsaufgaben der Politik.